



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Jacobi, Hugo: Die Weltlage nach dem Schluß der Algeciras-Konferenz

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Menschen hatten. Die Bedrückung der Christen stieg, als am Ende des sechzehnten Jahrhunderts ein von Oesterreich zur Befreiung Bosniens unternommener Krieg verloren ging, und zu derselben Zeit ein Aufstand der Christen in Bosnien von den einheimischen Mohammedanern, den Begg, blutig unterdrückt wurde. Darauf pochend traten die Begg nun auch dem Statthalter gegenüber immer selbstherrlicher auf, wie seinerzeit gegenüber ihren Schattenkönigen, und machten es ihm sogar unmöglich, in Sarajevo zu residieren, sodaß er seinen Sitz in dem kleinen Travnik nehmen mußte. Als im neunzehnten Jahrhundert die Sultane teils aus eignem Antrieb, teils unter dem Druck der Mächte reformieren und den Christen, der überwiegenden Mehrzahl ihrer Untertanen, Schutz gegen die willkürliche Ausbeutung durch die Beamten und Erleichterung in der Ausübung ihrer Religion gewähren wollten, kam es in Bosnien bei den fanatischen Alttürken, den Renegaten, die türkischer sein wollten als der Sultan, zweimal zu einer förmlichen Revolution gegen den „Reger Sultan.“ Das zweitemal wurde die Revolution im Jahre 1850 durch einen ehemaligen österreichischen Feldwebel, den spätern Omar-Pascha, niedergewungen und im Blute der meuterischen Großen erstickt.

Trotzdem gelang es dem Padischah nicht, die geplanten und versprochenen Reformen durchzusetzen, ebensowenig den fälligen Tribut aus Bosnien einzutreiben. Als er sich unter diesen Umständen im Jahre 1878 zur freiwilligen Abtretung der beiden Provinzen entschließen mußte, verlor er zwar als Kalif eine halbe Million fanatischer mohammedanischer Untertanen, als Sultan aber war er nur eine nutzlose Last los.

(Schluß folgt)



Die Weltlage nach dem Schluß der Algeciras-Konferenz

Als vor Jahresfrist der Gedanke zuerst auftauchte, die Marokko-differenz auf dem Wege einer neuen internationalen Konferenz zu ordnen, war die europäische Situation nicht ohne Gefahr. Frankreich hielt den Bissen Marokko, den ihm die Konvention mit England überreicht hatte, schon auf der Gabel, um ihn zu verSpeisen, Kaiser Wilhelm hatte in Tanger erklärt, daß er hinter Marokko stehe, und daß sein Besuch dem souveränen Beherrscher eines freien Landes gelte. Der Gedanke, Marokko einem großen französischen nordafrikanischen Reiche einzuverleiben, besteht in Frankreich nicht erst seit heute. Er stammt aus der Zeit, wo Ludwig Philipp Algerien unterwarf. Freilich mußte der Wunsch vor vielen andern Ereignissen, die die französische Geschichte seitdem bewegt haben, immer wieder zurücktreten, bis er in der neuern, von einem dreißigjährigen Frieden getragenen und geschaffnen Periode nationaler Expansionen Frankreichs von neuem mit großer Energie aufgenommen wurde. Politische, militärische und wirtschaftliche Maßnahmen vereinigten sich zu einem konzentrischen Vorgehn.



Ein eignes Komitee, Comité du Maroc, hatte sich gebildet, französische Banken hatten sich zur gemeinsamen Aktion gruppiert, um die Verlegenheiten des Sultans nach Möglichkeit auszunutzen, die Abmachung mit England gab den Segen und verriet zugleich die Absicht Frankreichs, nun mit allen Kräften an die Erfüllung des lange gehegten Wunsches heranzutreten. Was dabei absichtlich oder unabsichtlich übersehen wurde, war die Tatsache, daß Marokko inzwischen wiederholt Gegenstand europäischer Verträge geworden war; einer davon, die Konvention von Madrid, trug die Unterschrift Frankreichs und war wesentlich auf Betreiben Frankreichs abgeschlossen worden.

Deutschland hat der französischen Expansionspolitik in Nordafrika in früheren Zeiten gleichgiltiger und aus diesem Grunde wohlwollender gegenübergestanden, als dieses heute, wo sich die Interessen der einzelnen Länder auf dem Weltmarkt immer enger drängen, möglich sein kann. Je mehr unsre Bevölkerung zunimmt, je mehr wir infolgedessen auf die Industrie und auf die Ausfuhr dieser Industrie angewiesen sind, um so weniger können wir zugeben, daß die für diese Ausfuhr noch offenen Länder einseitig von irgendeiner Macht besetzt werden, ohne daß Garantien von Dauer für die offene Tür, d. h. für die unbehinderte Einfuhr deutscher Erzeugnisse, gegeben werden. Die Marokkokonferenz von 1880 hatte freilich im wesentlichen nur die Tendenz, die Gleichberechtigung des Schutzes zu sichern. Es handelte sich damals in der Hauptsache um die Formulierung der Bedingungen für den Schutz der Konsuln und der Konsularagenten sowie um die Besteuerung der Fremden und der Schutzgenossen; Fragen der Erschließung des Landes oder gar seiner Bevormundung, wie jetzt in Algeciras, standen damals nicht auf der Tagesordnung. Es war gewissermaßen eine Abmachung, die die Mächte mit Marokko zur Regelung der Schutzfrage trafen. Immerhin aber ist bemerkenswert, daß diese Abmachung an zwei Stellen das Meistbegünstigungsprinzip statuiert. Am Schluß des Artikel 6 wird ausgesprochen, daß jede Ausnahme von den verabredeten Schutzbestimmungen, die der Sultan erlaubt, jede der vertragschließenden Mächte berechtige, dasselbe Zugeständnis für sich zu verlangen, und der Artikel 17 besagt wörtlich: „Das Recht auf Behandlung als meistbegünstigte Nation wird seitens Marokkos als allen auf der Konferenz von Madrid vertretenen Mächten zustehend anerkannt.“

Diese Bestimmung ist besonders wichtig, weil sie der Ausgangspunkt der deutschen Aktion von 1905 geworden ist und durch die Verhandlungen der Konferenz von Algeciras sowie durch die dort getroffenen Abmachungen ihre internationale Weihe empfangen hat. Die Konvention von 1880 war nur eine Erweiterung einer vorhergegangnen von 1863, die ebenfalls wie diese die Ausübung des Schutzrechts zum Gegenstande hatte. Es ist offenbar, daß das Interesse aller Staaten, die hierfür in Betracht kamen, ziemlich gleichmäßig war, und da wir um jene Zeit besondere Interessen in Marokko nur in geringem Umfange hatten, so ist es begreiflich, daß zur Erreichung des gemeinsamen Zwecks der deutsche Vertreter angewiesen wurde, sich dem Frankreichs anzuschließen. Es wird weiterhin auf diesen Punkt noch zurückzukommen sein.

Im Laufe der folgenden Jahrzehnte trat Marokko enger mit den größern europäischen Staaten in Verbindung. Es entsandte wiederholt Gesandtschaften

in die europäischen Hauptstädte. In Berlin war die erste zur Zeit des Nobiling'schen Attentats im Jahre 1878 anwesend. Eine weitere Folge dieses gesandtschaftlichen Verkehrs war der am 1. Juni 1890 zu Fes unterzeichnete deutsch-marokkanische Vertrag, der in Artikel 1 eine gegenseitige Zusicherung aller Rechte, Vorteile und Privilegien enthielt, die von dem einen wie dem andern Teile den Angehörigen der meistbegünstigten Nation zugestanden worden seien oder künftig zugestanden werden möchten. Ein Zolltarif wurde vereinbart, Artikel 4 enthielt die weitere Bestimmung, daß deutschen Kaufleuten erlaubt sein sollte, Waren und Produkte auf allen Märkten von Marokko zu kaufen, sowie daß sie in ihren kaufmännischen Transaktionen in keiner Beziehung behindert, beschränkt oder benachteiligt werden dürften, weder durch marokkanische Beamte „noch durch andre Personen.“ Diese beiden Abmachungen waren bisher die Grundlage unsrer völkerrechtlichen Beziehungen zu Marokko.

Die deutsche Politik hatte es nicht nur im Jahre 1880 für richtig befunden, sich bei den damaligen Verhandlungen mit Marokko der französischen anzuschließen, sondern sie unterstützte im Jahre 1881 auch die Absichten Frankreichs auf die Okkupation von Tunis durch ihre ausdrückliche Zustimmung. Es ist in diesen Blättern schon hervorgehoben worden, daß Bismarck seinen Gästen in Friedrichsruh gelegentlich einen zu beiden Seiten von hohen Tannenzwänden eingefäumten Pfad als die Stelle bezeichnete, auf der er Frankreich die damals vom Grafen Saint-Ballier erbetene Erlaubnis zu der Expedition nach Tunis gegeben habe. Wenn sich die deutsche Politik heute gegenüber der französischen Expansion in den Küstenländern Nordafrikas anders verhält, so liegt darin weder eine Inkonsequenz, wie französische Blätter behauptet haben, noch ein Vorwurf gegen das frühere Verfahren. Zu Anfang der achtziger Jahre hatten wir in Nordafrika noch keine oder verschwindend geringe Interessen. Noch im Jahre 1890, dem Jahre unsers Vertragsschlusses mit Marokko, ist die Gesamteinfuhr in die acht Häfen von Marokko auf 26 Millionen, die Gesamtausfuhr auf ungefähr 20 Millionen Mark für die Schiffe aller Nationen festgestellt worden. In Einfuhr und in Ausfuhr je 483 000 Tonnen. Die deutsche Flagge war daran mit 34 angekommenen Schiffen und 13 268 Tonnen beteiligt sowie mit 29 ausgegangnen Schiffen und 12 628 Tonnen. Es war dies das zu jener Zeit vorliegende statistische Ergebnis des Jahres 1887. Die großartige Entwicklung, die die deutsche Industrie später nehmen sollte, war damals noch nicht vorauszusehen, irgendein Bedürfnis zu Stationen oder zu Besitzergreifungen im marokkanischen Lande lag nicht vor. Die deutsche Politik wurde in den achtziger Jahren noch von der Erwägung geleitet, je mehr sich Frankreich in Afrika vertiefe, desto ungefährlicher werde es für Europa. Französische Schriftsteller von Bedeutung, wie John Lemoine im Journal des Débats, sprachen es damals offen aus, es sei törricht, daß Frankreich wegen der anderthalb Millionen Elsaß-Lothringer fortwährend seine Augen auf die Vogesen gerichtet halte, in Afrika könne es mit unverhältnismäßig leichter Mühe zehn Elsaß-Lothringen finden. Eine Expedition nach Tunis mußte außerdem die Gegensätze zwischen Frankreich und Italien vertiefen, das ebenfalls sein Auge auf Tunis geworfen hatte. Italien war damals noch nicht unser Verbündeter.

Das französische Ministerium Ferry war in der Kongofrage ehrlich mit uns zusammengegangen, und Bismarck glaubte Grund zu haben, dieses deutschfreundliche Ministerium sowohl in Afrika wie in China zu unterstützen, eine Unterstützung, die den Sturz Ferrys und seines Kabinetts jedoch nicht aufzuhalten vermochte, weil die Gegner in der Kammer die Folgen der französischen Niederlage von Langson schneller ausnützten, als die deutsche Einwirkung auf China, mit Frankreich Frieden zu schließen, wirksam werden konnte. Der chinesische Friedensvorschlag traf erst unmittelbar nach dem Sturze Ferrys in Paris ein.

Sehr wahrscheinlich würde die marokkanische Angelegenheit in dem Stadium, in das sie mit dem Jahre 1904 trat, niemals den Charakter eines deutsch-französischen Gegensatzes angenommen haben, wenn Frankreich in seinem beabsichtigten Vorgehn nicht ausschließlich die Abmachung mit England, die es vor Deutschland geheim hielt, zur Operationsbasis gemacht hätte. Dadurch, daß sich Frankreich und England in ihrer Abmachung über die Konvention von 1880 hinwegsetzten, den deutsch-marokkanischen Vertrag ignorierten, und daß Frankreich oder sein Minister Delcassé es nicht der Mühe wert erachtete, die einfachsten Formen politischer Höflichkeit innezuhalten und dem deutschen Botschafter als dem Vertreter einer in Marokko interessierten Macht eine amtliche Mitteilung über den Abschluß zu machen, erhielt die ganze Angelegenheit ein ausgesprochen deutschfeindliches Gepräge. Es kam dadurch neben unsern Interessen in Marokko vor allem unsre Stellung als Großmacht in Betracht. Die deutsche Politik mußte ein *principiis obsta* sprechen. Ließ sie erst einmal zu, daß fremde Mächte mit deutschen Rechten und Interessen umsprangen, ohne daß sie Deutschland fragten oder auch nur benachrichtigten, so waren die Folgen unabsehbar. Es wurde darum unvermeidlich, den Franzosen jeden Zweifel zu nehmen, daß durch dieses Verfahren die Sache auf ein andres Gebiet verlegt worden sei, auf dem Deutschland gezwungen werden könnte, die Frage nach den Gesetzen des Völkerrechts und den Geboten der Ehre auszutragen. Deutschland habe nicht die Absicht, Frankreich in Marokko Schwierigkeiten zu machen, müsse aber unabweislich auf der Festhaltung seiner international verbrieften und vertragsmäßig gewährleisteten Rechte bestehen.

In Frankreich ist nun die Theorie aufgestellt worden, daß die Madrider Konvention überhaupt nur Schutzfragen behandelt habe, die durch die französisch-englische Abmachung und durch die von Frankreich beabsichtigte *pénétration pacifique* Marokkos gar nicht berührt worden seien, im Gegenteil größere Garantien gewöhnen. Dieser Auffassung setzte Deutschland die andre entgegen, daß der Artikel 17, den wir oben zitiert haben, ausdrücklich und allgemein von dem Recht auf Behandlung als meistbegünstigte Nation spreche, und daß dieses keineswegs auf die Schutzfrage beschränkt sei. Hätte sich Deutschland, wie das anscheinend nahe lag, ausschließlich auf seinen Vertrag mit Marokko vom Jahre 1890 zurückgezogen, so würde es auf eine Auseinandersetzung mit Frankreich allein angewiesen gewesen sein, die von der französischen Seite auch wiederholt angeregt worden ist. Aber dadurch, daß ein Teil der Signatarmächte von 1880 Deutschlands Auffassung sofort beitrug, andre nach kürzern oder nach längern Verhandlungen, gewann Deutschland den Vorsprung einer

international gedeckten Stellung, in der es Frankreich nicht mehr allein gegenüber blieb, und wodurch die Situation den Charakter eines ausschließlich deutsch-französischen Gegensatzes mit seinen bedrohlichen Schärfen verlor.

Da das Konferenzresultat vorliegt, hat es eigentlich keinen praktischen Zweck mehr, vor der breiten Öffentlichkeit darüber zu streiten, ob die Konferenz eine Rechtsbasis hatte oder nicht. Auch wenn, wie von der französischen Seite behauptet wird, und wie neuerdings auch ein deutscher Rechtsgelehrter in einer Berliner Zeitung ausgeführt hat, der Artikel 17 der Konvention von 1880, auf den sich der Reichskanzler bei seiner ganzen Aktion im wesentlichen gestützt hat, wirklich nur der Schutzfrage in Marokko, also gewissermaßen Privatinteressen gegolten hätte, so bleibt doch der Umstand entscheidend, daß schließlich die sämtlichen Signatarmächte von 1880 der deutschen Anschauung beitraten, weil so weitgehende „Reformen,“ wie sie Frankreich unter seinem ausschließlichen Einfluß in Marokko einzuführen gedachte, die Interessen aller andern Nationen berührten. Indem schließlich alle Signatarmächte, einschließlich Frankreich, zur Konferenz gingen, haben sie die Berechtigung der deutschen Argumentation mehr oder minder vollständig anerkannt. Aber auch wer behaupten will, daß der deutschen Interpretation des Artikels 17 eine weitgehende und fast gewaltsame Kasuistik zugrunde liege, wird immer die Tatsache zugeben müssen, daß Frankreich den Plan hatte, die Umgestaltung Marokkos in einer Weise in die Hand zu nehmen, die über kurz oder lang zu der beabsichtigten Einverleibung führen mußte, und die sogar in der Konvention mit England die „offne Tür“ nur für dreißig Jahre vorsah. Dadurch, daß Marokko wiederholt Gegenstand internationaler Konferenzen gewesen war, war aber das internationale Interesse an Marokko allseitig anerkannt, und nicht nur Deutschland, sondern jede andre Signatarmacht hätte das Recht gehabt, zu verlangen, daß die französischen Reformvorschläge vor das Forum einer Konferenz gezogen würden.

Sobald das Konferenzprotokoll authentisch vorliegt, wird es eine interessante Beschäftigung sein, die französisch-englischen Abmachungen mit diesen neuen Bestimmungen in Einklang zu bringen. Freilich wird das Bild nicht vollständig, solange man außer der französisch-spanischen Konvention nicht auch noch die geheimen Abmachungen Frankreichs mit Spanien und Italien mit in Betracht ziehen kann. Diese beiden zuletzt genannten sind es, die auf das Gesamtbild der europäischen Lage nach Abschluß der Konferenz unwillkürlich einen Einfluß üben. In Frankreich wird selbstverständlich die Neigung bestehen bleiben, die Konferenzbestimmungen, die ja zum Teil recht dehnbar sind, den alten Interessen und Bestrebungen Frankreichs anzupassen, die ohne Zweifel unvermindert fort dauern. Demgemäß werden auch Italien und Spanien nicht umhin können, auf Grund ihrer Abmachungen diese französische Begehrlichkeit zum mindesten innerhalb des Rahmens der Konferenzbeschlüsse weiter zu unterstützen und auch bei deren Überschreitung solange wie möglich an der Seite Frankreichs zu bleiben. Da sodann Frankreich auch ferner zum mindesten auf die diplomatische Unterstützung Englands und Rußlands zählen kann, wobei die künftige russische Volksvertretung als eine nicht unwichtige treibende Kraft in der deutschfeindlichen Richtung in Betracht kommen wird, so bleibt im großen

und ganzen die Lage nach der Konferenz dieselbe, die sie bisher gewesen ist, nur mit dem Unterschiede, daß das marokkanische Streitobjekt bis auf weiteres der diplomatischen Feuerlinie entrückt ist. In demselben Maße aber, wie die Franzosen bestrebt sein werden, die Konferenzbeschlüsse im Sinne der französischen Ziele und Zwecke zu verwerten, bleibt Deutschland berufen, der Wächter dieser Beschlüsse und der durch sie geschützten Interessen zu sein. Schon hierin liegen die Keime zu Gegensätzen, die früher oder später mit erneuter Stärke auftreten werden, bis auf die eine oder die andre Weise die marokkanische Frage ihre endgiltige Lösung gefunden haben wird. Da Marokko an der großen Welthandelsstraße liegt, so wird es bei zunehmendem wirtschaftlichem Gedeihen für alle Nationen an Bedeutung nur gewinnen, und hierauf läßt sich wohl die Annahme begründen, daß die Internationalisierung Marokkos in dem Umfange, worin sie in Algeciras erreicht worden ist, von der großen Mehrzahl der Mächte als bleibend angesehen und vertreten werden wird. Der Inhalt der Konferenzbeschlüsse setzt voraus, daß von Zeit zu Zeit entweder neue Abmachungen zu treffen oder die von Algeciras zu bestätigen sein werden. Jeder solcher Akt bedeutet eine neue Etappe, und es wird vor allem darauf ankommen, die jetzt festgelegte Linie auch für die weitere Verlängerung des Wegs festzuhalten, den die marokkanische Frage noch durchlaufen muß. Bei einem Ausblick in die Zukunft wird man sich dabei der Möglichkeit nicht verschließen dürfen, daß die innern Zustände Marokkos zu Umwälzungen und Neugestaltungen führen können, die den Mächten die Notwendigkeit auferlegen, für die Sicherung der internationalen Interessen eine andre Basis aufzusuchen. Die in Frankreich treibenden, jetzt zurückgedrängten Kräfte werden nach Möglichkeit das ihrige dazu tun.

Die Haltung Italiens auf der Konferenz ist in Deutschland vielfach Gegenstand scharfer Kritik gewesen und wird von vielen Deutschen zu Unrecht als eine kaum noch verhüllte Absage von Italiens Dreibundpflichten angesehen. Diese Ansicht wird in Deutschland noch verstärkt namentlich durch den Gegensatz zwischen der Haltung Italiens zu der Haltung Österreichs, das keinen Augenblick geschwankt hat, Schulter an Schulter mit Deutschland zu stehen, und das sich schließlich durch die Formulierung und die Vertretung von Vorschlägen, die von Deutschland gebilligt waren, ein Hauptverdienst an dem Zustandekommen der Konferenz erworben hat. Das Wiener Kabinett hat damit nicht nur im Rahmen seiner Bündnispflichten gehandelt, es hat weit über diese hinaus ein unbedingtes Vertrauen zu Deutschland bekundet und damit auch seinerseits alle die Unterstellungen zurückgewiesen, die in der fremden Diplomatie und in der Presse Frankreichs und Englands, durch diese bis nach Amerika hinüber, über unlautere Absichten Deutschlands auf Österreichs deutsche Landesteile verbreitet waren. Dieses treue und zuverlässige Festhalten Österreichs ist für Deutschland wohl die erfreulichste Erscheinung, die es von der Konferenz mit nach Hause bringt. Von Italien konnte man von vornherein annehmen, daß es sich zum Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich machen werde und machen müsse. Wie weit dies in den einzelnen Fällen geschehn ist, wie weit es mit der Absicht wirklichen Erfolgs geschehn ist, das im einzelnen zu prüfen und festzustellen kann nur Sache der deutschen Diplomatie sein. Bei einer Ver-

mittlungsaktion ist es ganz unvermeidlich, daß sich der Vermittler heute auf die eine, morgen auf die andre Seite stellt, um dadurch die Möglichkeit zu haben, bald die erste, bald in einem andern Punkte die zweite Seite zur Nachgiebigkeit zu bewegen und einen Druck in dieser Richtung ausüben zu können. Das hat Bismarck auf dem Berliner Kongreß nicht anders gemacht, er hat im Gegenteil durch sein Verfahren eine für solche Aktionen geradezu vorbildliche Tätigkeit geleistet. Italien mußte es selbstverständlich darauf ankommen, Situationen zu verhindern, bei denen es vor die Notwendigkeit gestellt würde, zwischen Deutschland und Frankreich zu optieren. Das war die eine Aufgabe der italienischen Politik. Die andre bestand darin, eine solche Lösung anzustreben, daß die Vergünstigungen, die Frankreich dem italienischen Kabinett in geheimen Verträgen zugestanden hatte, für Italien wirklich nutzbar wurden. Die öffentliche Meinung in Deutschland ist leicht geneigt, da ihr kein wirkliches Gesamtbild der Tätigkeit Italiens vorliegt, nach den einzelnen Erscheinungen zu urteilen, ohne diese in ihrer eigentlichen Bedeutung und nach ihrem Wert im Gesamtbilde würdigen zu können. Italien kann sehr wohl, indem es bei irgendeinem Anlaß mit ziemlichem Geräusch und Aufsehen auf die Seite Frankreichs trat, Deutschland dabei einen sehr guten Dienst geleistet haben, weil es sich dadurch die Möglichkeit schuf, die deutsche Auffassung bei einer andern und wichtigeren Frage zu unterstützen. Wie weit und in welchem Umfange das geschehn ist, das abzuwägen ist, wie gesagt, Aufgabe der deutschen Diplomatie. Läßt man die Tatsache nicht aus den Augen, daß Fürst Bülow in Italien eine große Reihe persönlicher Freundschaftsbeziehungen hat, so darf man auch wohl annehmen, daß diese in seinem Schachspiel nicht unbenutzt geblieben sind, wenn dies auch nach außen begreiflicherweise wenig erkennbar geworden ist. Gerade die offizielle Intimität Italiens mit Frankreich konnte uns sehr wohl dazu dienen, auf dem Umwege über Rom mancherlei an Frankreich zu bestellen, was in direktem Verkehr nicht gut möglich war, und es ist dieser Weg von der deutschen Seite auch schon in den ernstern Augenblicken während des vorigen Frühjahrs nicht ohne Erfolg betreten worden.

Sowohl das deutsche Weißbuch als das französische Gelbbuch enthalten keine Mitteilungen über die Stellung der andern Mächte oder Aktenstücke dieser aus der der Konferenz vorangegangnen Periode. Die Franzosen scheinen sich dabei mit ihren Veröffentlichungen nach dem deutschen Vorbilde gerichtet und nur bemüht zu haben, dadurch, daß ihr Gelbbuch mit dem 3. März 1901, das deutsche Weißbuch mit dem April 1905 beginnt, sowohl die Berechtigung ihrer Ansprüche als die Vielseitigkeit ihrer Beziehungen zu Marokko dem Leser vor Augen zu führen. Aber dadurch, daß in beiden Publikationen die Stimmen der fremden Regierungen fehlen oder nur andeutungsweise daraus zu entnehmen sind, wird das Gesamtbild lückenhaft und erschwert den genauen Rückschluß auf das Verhalten der einzelnen Mächte. Soviel über Algeciras, von dem Deutschland für jeden unbefangenen Urteilenden mit einem Ergebnis heimkehrt, das sachlich hinter den Erwartungen, unter denen die Konferenz begann, nicht zurückbleibt. Namentlich, wenn man sich dabei vergegenwärtigt, daß Frankreich in der Meinung zur Konferenz ging, es könne sich für das durch die Entlassung Delcassés be-

friedigte Deutschland doch nur noch um Formalitäten handeln. Welchen Anteil an dieser Auffassung die Eindrücke hatten, die der französische Hochzeitsbotschafter General de la Croix im Juni v. J. in Berlin gewonnen zu haben glaubte, bleibe dahingestellt; genug, daß in Petersburg die Pariser Auffassung geteilt wurde. Die Aufgabe war dadurch für die deutsche Diplomatie nicht wenig erschwert worden.

Überschaut man nun die Summe der internationalen Fragen, die heute mehr oder minder die politische Welt bewegen, so kommt man unwillkürlich zu dem Schlusse, daß das Wort bei England steht, le mot est à Londres. Dem heutigen englischen Kabinett ging der Ruf voraus, daß es keinerlei kriegerische Absichten hege und auch solche, wo sie sonst vorhanden sein mögen, nicht unterstützen werde. Die englischen Liberalen gehn dabei von der Erwägung aus, daß zum mindesten in Europa kein einziger Streitpunkt vorhanden sei, der einen bewaffneten Konflikt Englands mit irgendeiner Macht notwendig mache, am allerwenigsten mit Deutschland, mit dem kein Streitfall bestche. Die Spannung, die unter dem vorigen britischen Kabinett mit Deutschland zweifellos vorhanden war, hat ihren Grund im wesentlichen darin gehabt, daß der deutschen Flottenentwicklung eine Bedeutung beigegeben wurde, die sie weder hat noch haben kann. Die wachsende große Summe der überseeischen Interessen zwingt Deutschland dazu, eine Flotte zu halten. Sobald einmal eine Flotte vorhanden ist, beginnen taktische und strategische Erwägungen über die Gegnerschaften, die ihr früher oder später in den Weg treten könnten. Diese Erwägungen führen zu Bestimmungen über die der Flotte zu gebende Stärke und Ausdehnung, wobei die Aufgaben, die ihr zur Unterstützung des eignen Landheeres zufallen, nicht unberücksichtigt bleiben können. Solche Erwägungen sind für alle seefahrenden Staaten die Richtschnur. Wie weit sie zur Ausführung gelangen können, hängt von den vorhandenen Mitteln und der Stimmung der einzelnen Volksvertretungen ab. Im großen und ganzen wird man behaupten dürfen, daß bei den Parlamenten sämtlicher Großstaaten die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer starken Seerüstung vorhanden ist und demgemäß die Neigung zur Bewilligung der Mittel. Am stärksten tritt sie natürlich in England, dann aber neuerdings in Frankreich hervor. Englands Existenz hängt allein von seiner Flotte ab, schon dieser Umstand nötigt England, seine Seewehr so auszubauen, daß sie allen irgends möglichen feindlichen Kombinationen nicht nur gewachsen, sondern überlegen bleibt. Aber auch die Weltmachtstellung Englands, seine Beherrschung der Meere, sein Einfluß in den überseeischen Ländern, und damit indirekt sein Übergewicht über alle andern Nationen auch in kommerzieller Beziehung, beruhen auf der Stärke seiner Flotte.

Diese ist nun neuerdings noch wesentlich vermehrt worden dadurch, daß England an die Stelle der frühern Gegnerschaft zu Frankreich eine entente cordiale geschaffen hat, durch die die französische Flotte nicht nur aus der Reihe der möglichen Gegner Englands ausscheidet, sondern im Gegenteil für den Fall von Verwicklungen mit Deutschland an die Seite der englischen tritt. Schon hören wir, daß Frankreich seine sämtlichen Panzerschiffe aus dem Mittelmeere nach dem Norden zu ziehn beabsichtigt, ein Beweis, daß es der Deckung für

seine Mittelmeerhäfen gegen eine englische Flotte entraten zu dürfen glaubt und es vorzieht, sie gegen Deutschland zu versammeln. Bei dem unaufhörlichen Ministerwechsel in Frankreich ist es freilich unvermeidlich gewesen, daß die neuere Entwicklung der französischen Marine die Stetigkeit vermissen läßt, die notwendig ist, wenn etwas gedeihliches geschaffen werden soll. Es sind daraus viele widersprechende Maßnahmen und viele Experimente entstanden, die die Leistungsfähigkeit der französischen Flotte nicht gerade günstig beeinflusst haben. Jetzt erfahren die Franzosen zu ihrer Überraschung, daß die deutsche Flotte, mit der man ehemals kaum rechnete, der französischen gewachsen sei, ein Resultat, das für Frankreich neue finanzielle Aufwendungen und eine um so unbedingtere Anlehnung an England bedeutet. In England selbst hat bei dieser Sachlage und bei seinen sonst friedlichen Neigungen das liberale Kabinett dazu übergehen können, die Flottenausgaben, wenn auch nicht einzuschränken, so doch zu verlangsamen. Denn wenn die deutsche Flotte gerade der französischen gewachsen ist, so ergibt sich in der französisch-englischen Kombination eine so ungeheure Überlegenheit über Deutschland, daß England besondere Anstrengungen kaum zu machen braucht, solange es Frankreichs sicher ist. Und sicher wird es Frankreichs bleiben, solange Rußland militärisch, namentlich zur See, nicht oder wenigstens nicht mehr in der frühern Bedeutung in Betracht kommt, und solange sich Frankreich nicht entschließen kann, sich mit Deutschland ehrlich und aufrichtig zu vertragen. Wir haben die Hand dazu oft genug ausgestreckt, ohne Gegenliebe zu finden — jetzt mag Frankreich es tun, falls England das zugibt.

Die englische Politik beruht auf dem Grundsatz, daß England eines kontinentalen Schwertes bedarf, d. h. einer militärischen Kontinentalmacht, durch deren Bündnis mit England jede antibritische kontinentale Koalition verhindert oder unwirksam gemacht wird. Die Verhinderung der Einmütigkeit des europäischen Kontinents ist neben der Flotte der zweite Hauptpfeiler der Machtstellung Englands. Auf ihm beruht seine Superiorität. Vom Standpunkte der englischen Interessen kann man den Engländern keinen Vorwurf daraus machen. Freilich ergibt sich für die kontinentalen Mächte daraus die Lehre, daß sie in allen großen politischen Fragen von England mehr oder minder abhängig sind, und daß England immer in der Lage bleibt, die eine der Mächte mit Erfolg gegen die andre auszuspielen. Diese Situation bleibt für die Kontinentalstaaten erträglich, solange in England eine friedlich gesinnte Regierung am Ruder ist, oder die öffentliche Meinung jede kriegerische Politik ablehnt. Sie wird aber zu einer großen Gefahr, wenn sich, wie das vorige Frühjahr gezeigt hat, sowohl Regierung als öffentliche Meinung in Großbritannien mehr und mehr mit dem Gedanken befreunden, die militärische Überlegenheit, die das Bündnis mit einer kontinentalen Macht gewährt, gegen eine zweite auszunutzen.

In dieser Hinsicht ist das einstweilige Ausscheiden Rußlands aus den militärischen Berechnungen von großer Tragweite. Dieses Ausscheiden ist nicht durch die Menschenopfer verursacht worden, die der asiatische Krieg gekostet hat. Diese ersetzen sich bei den gewaltigen Völkermassen Rußlands schnell, und das russische Heer würde der Zahl nach auch heute wohl noch für jeden europäischen Krieg ausreichen. Was Rußland in diesem Augenblick waffenlos macht, ist die

innere Beschaffenheit der Armee, die einer vollständigen Neugeburt bedarf. Diese wird nicht zu erreichen sein, solange die Notwendigkeit besteht, die Ordnung im Lande durch Waffengewalt wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten. Wie sich die Verhältnisse im Innern Rußlands nach dem Zusammentritt einer Volksvertretung entwickeln werden, ist völlig unberechenbar; bei allen Kennern Rußlands bestehen in dieser Beziehung recht pessimistische Auffassungen. Man wird darum wohl damit rechnen dürfen, daß für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren die russische Armee als sichere Zahl in den politischen Berechnungen nicht in Betracht kommt, es sei denn, daß sich die russische Regierung, um der öffentlichen Meinung ihres Landes eine andre Richtung zu geben, entschließen sollte, den immerhin noch starken Bruchteil des Heeres, dessen militärische Brauchbarkeit als höher anzusehen ist, für irgendeine europäische Frage, zum Beispiel in der Türkei, einzusetzen. Einer solchen Aktion müßte jedoch ein Übereinkommen mit England und dem Dreibunde, wenigstens mit Österreich, über die von Rußland zu erstrebenden Ziele vorangehn. Aber es ist nicht gut anzunehmen, daß ohne sehr zwingenden Anlaß ein friedliches britisches Kabinett seine Hand zur Entfesselung eines Konflikts dieser Art, nur für die Wiederherstellung des militärischen Prestiges Rußlands, bieten würde, eines Konflikts, dessen Ausdehnung und sein Ende nicht abzusehen wäre, und der zu neuen Gruppierungen der Mächte ebenso führen könnte, wie er schließlich seine Beendigung durch eine europäische Konferenz finden müßte, zu der sich dann recht viele bedenkliche Ansprüche anmelden möchten. Im allgemeinen dürfte die Neigung der europäischen Diplomatie in den nächsten Jahren dahin gehn, alle Fragen hintanzuhalten, die zu größern internationalen Verwicklungen führen könnten, was nicht ausschließt, daß die Mehrzahl der Mächte die so gewonnene Frist benutzen wird, sich politisch und militärisch für die Erreichung der ihnen in Europa oder in Afrika vorschwebenden Ziele so gut wie möglich vorzubereiten.

Aber die europäischen Mächte hängen in ihren Berechnungen nicht mehr von den Verhältnissen Europas allein ab. Jenseits des Ozeans tritt Amerika von Jahr zu Jahr nachdrücklicher mit dem Anspruch auf, in allen Welthändeln mitzusprechen, und sobald seine Interessen in Betracht kommen, auch eine starke Initiative zu ergreifen. Niemand kann bezweifeln, daß das Land der unbegrenzten Möglichkeiten sehr wohl in der Lage ist, sich binnen kurzer Frist durch eine große militärische oder maritime Anstrengung in den Besitz der Machtmittel zu setzen, die ihm für seine politischen Ziele notwendig erscheinen. Für Deutschland hat sich diese Beteiligung Amerikas an der Weltpolitik bisher im allgemeinen nur nützlich erwiesen. Das Wort des Präsidenten Roosevelt ist sowohl für das Zustandekommen der Algeciraskonferenz als auch für deren Ausgang schwer in die Waage gefallen; England ist trotz seiner Entente mit Frankreich gezwungen, bei allen seinen Plänen auf internationalem Gebiete das Weiße Haus in Washington recht sorgsam im Auge zu behalten. Nicht weniger schwer fällt für England, sodann aber für sämtliche Seemächte, Japan in Betracht. Kaum aus dem Kriege nach Hause gekehrt, wirft sich Japan mit einer Energie, deren Radikalismus den Charakter einer sehr großen Staatskunst an sich trägt, auf eine Reihe neuer Aufgaben für Krieg und Frieden. Es vermehrt Heer

und Flotte, baut Schiffe größten Umfangs, modernster Konstruktion und mit vorzüglicher Artillerie. Es führt das Staatsbahnsystem durch mit viel weniger Umständen, als seinerzeit in Preußen dazu nötig waren. Es erhöht die Einfuhrzölle auf eine große Reihe von Fabrikaten, die es früher aus Europa oder aus Amerika bezog, und wenngleich diese Zollerhöhungen zum Teil der Aufbesserung der Finanzen dienen sollen, so haben sie andererseits doch den Zweck, der auf Gebieten, die ihr vor zehn Jahren kaum erschlossen waren, schon stark entwickelten japanischen Industrie zum Schutze zu dienen und damit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes einen neuen kräftigen Aufschwung zu verleihen. Das Ansehen, das Japan durch den Krieg gewonnen hat, hat soeben durch die Einführung des Botschafterverkehrs mit den großen Mächten seinen äußern Ausdruck gefunden, und kein europäischer Staatsmann wird sich der Bedeutung verschließen, die Japan für die Weltpolitik und für deren Rückwirkungen auf die engere europäische Politik fortan mit Recht in Anspruch nehmen kann. England hat sich mit Japan verbündet, wohl in der Absicht, sich ebenso wie in Europa so auch in Asien „ein kontinentales Schwert“ zuzulegen, das dort stark genug sei, Rußland in Schach zu halten sowie im Notfalle der indischen Armee Großbritanniens eine wertvolle Unterstützung und einen starken Rückhalt zu gewähren. Schon aber hat England die Zweischneidigkeit dieses Bündnisses empfunden. Japan hat sich mit scharfer Kritik über den Zustand des englischen Heeres ausgesprochen und eine gewisse Gleichwertigkeit verlangt; auch mögen in England mancherlei Sorgen darüber bestehn, ob, wenn jemals die japanische Armee nach Indien gerufen werden sollte, sie die Neigung haben würde, dieses Land auch wieder zu verlassen. Die Besiegung Rußlands durch japanische Heere hat nirgend ein stärkeres Echo gefunden als in Indien. War man dort daran gewöhnt, zu dem weißen Mann als zum Sieger und Herrscher aufzuschauen, so hat Japan den Nachweis gebracht, daß der Asiat den weißen Mann zu beugen vermag, und es ist kein Wunder, daß sich in Indien viele Augen hoffend auf Japan richten. Der Wert des japanischen Bündnisses für die Verteidigung Indiens ist somit recht zweischneidiger Natur.

Schließlich kommt China in Betracht. Durch China zieht eine gewaltige Reformbewegung, deren Führung und Leitung sich die Japaner geschickt bemächtigt haben. Diese Reformbewegung richtet sich in ihrem Kern gegen die Vorherrschaft der weißen Rasse in China und gelangt zum äußern Ausdruck in dem Boykott amerikanischer Waren, in der Entfernung der europäischen Instruktooren und Lehrer aus der Armee und den sich immer häufiger wiederholenden Nachrichten von der Ermordung von Missionaren. Es ist selbstverständlich, daß der chinesische Hof, dem schließlich die dieser Bewegung zugrunde liegende Tendenz „China für die Chinesen“ allein zugute kommt, den Europäern, zumal in Peking, die freundlichste Miene zeigt. Aber der Plan, China zu reformieren, es mit einem modernen Heere, einer entsprechenden Flotte, einem wesentlich gesteigerten Schulwesen, mit Eisenbahnen und sogar mit einer Volksvertretung auszustatten, beweist, daß der chinesische Hof denselben Weg, der den von den Japanern in Bewegung gebrachten chinesischen Massen vorschwebt, wenn auch langsamer und umsichtiger, so doch mit Konsequenz innezuhalten entschlossen ist. Die chinesische

Studienkommission, die gegenwärtig Deutschland bereist, ist ein augenfälliger und lebendiger Beweis dafür, die bedeutenden Aufträge, die von China an die Firma Krupp gegeben worden sind, dienen demselben Zweck. Der Gedanke „China den Chinesen“ hat zunächst einen Beigeschmack durch die Losung „China auch den Japanern“ erhalten, deren Verwirklichung sich die Japaner mit großer Umsicht und Energie befeißigen. Es ist von Schriftstellern verschiedener Nationen in der jüngsten Zeit ausführlich geschildert worden, daß die Japaner alle Hilfsmittel in Bewegung setzen, um sich zu Leitern der öffentlichen Meinung in China und zu Erziehern der Chinesen zu machen. Nebenbei suchen sie sich durch alle Mittel in China eine starke wirtschaftliche Stellung zu gründen, vom kleinsten Warenverschleiß bis zur großen Industrie, und da jeder Japaner, welcher Art auch sonst sein Beruf sei, rückhaltlos im Dienste seines Vaterlandes steht, so läßt sich daraus folgern, daß die japanische Okkupation Chinas, die sich friedlich auf dem wirtschaftlichen und dem geistigen Gebiete vollzieht, schon einen sehr bedeutenden Umfang angenommen hat.

Japan erzieht sich China zum Verbündeten für die dereinstige Ausweisung der weißen Rasse aus Asien. Ob eine solche jemals gelingen wird, hängt hauptsächlich von der Einmütigkeit der großen Mächte ab. Es kann für Japan und China gar keine bessere Vorbereitungszeit geben, als wenn sie Frankreich und England in der Vorbereitung eines Krieges gegen Deutschland sehen. Sollte ein solcher jemals zum Ausbruch kommen, so könnte es leicht geschehen, daß er in Asien einen den Engländern und den Franzosen recht unerwünschten Widerhall fände.

Ehedem haben sich die asiatischen Mächte um die europäischen Händel begreiflicherweise wenig oder gar nicht gekümmert. Seit den beiden neuern japanischen Kriegen mit China und Rußland und deren Folgen, seit der amerikanischen Besitzergreifung der Philippinen und der internationalen Expedition nach China vom Jahre 1900 ist das alles anders geworden. Die japanische und die chinesische Diplomatie fangen an, die Händel der andern großen Weltmächte mit in den Kreis ihrer Berechnungen zu ziehen und die Aktionsfähigkeit der einzelnen genau zu studieren. Das wird von Jahr zu Jahr zunehmen, und noch ehe das neue Jahrhundert seine erste Hälfte vollendet haben wird, werden sich die Nationen der Alten Welt, denen Amerika ja fast schon beigezählt werden kann, vor neue Interessenfragen von der größten Tragweite gestellt sehen, die ihre Existenzfähigkeit in ihrem innersten Lebenskeim berühren. Heute schon kann man erkennen, daß in wenig Jahrzehnten der Schwerpunkt der Weltinteressen ausgeprägt in Asien liegen wird. Vielleicht wird Rußland dann stark genug sein, sich als große asiatische Macht zu erweisen, wenn es darauf verzichtet, zugleich in Europa eine mit den modernsten europäischen Institutionen ausgestattete Großmacht sein zu wollen; ebenso wird England die ganze Summe seiner Kraft auf Asien konzentrieren müssen, und es wird dann wahrscheinlich, falls seine Politik sonst weise und verständig ist, eine starke deutsche Flotte nicht als eine Gefahr, sondern als einen Segen ansehen.

Auch Frankreich hat starke asiatische Interessen, bei deren Schutz ihm Deutschland nach der Niederlage von Langson schon einmal die helfende Hand gereicht hat. Sollte ein Zeitraum von fünfunddreißig Jahren nicht ausgereicht haben,

die Franzosen darüber aufzuklären, daß Deutschland nicht die geringste Absicht hat und haben kann, ihnen auch nur ein Dorf abzunehmen, und daß die starke Rüstung, die sich beide Staaten gegenseitig aufrühten, für beide Teile viel nützlicher für gemeinsame Interessen aufgewandt würde? Der deutsch-französische Gegensatz ist bisher der Schlüssel zu der europäischen Lage gewesen, alle andern Nationen haben sich danach eingerichtet und je nach Bedarf daraus ihre Vorteile gezogen. Wie sich die Dinge entwickeln, kann die Zeit nicht mehr fern sein, wo Frankreich entweder auf seine Weltinteressen oder auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen endgiltig verzichten muß. Dennoch kann nicht genug vor der Annahme gewarnt werden, als ob der Ausgang in Algeciras nun eine Annäherung Frankreichs an Deutschland zur Folge haben müsse. Das ist bei einem Ministerium, dessen Mitglied Herr Clemenceau ist, kaum möglich, und sobald der Radikalismus durch den Nationalismus abgelöst sein wird, erst recht nicht. Auch würde sich eine Annäherung nur in dem Umfange vollziehen, wie England ihn zuläßt.

Es bleiben die kleinern Staaten in Europa: Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, die Schweiz, Portugal, Spanien und die Balkanstaaten. Daß sich die drei nordischen Staaten im Laufe der Zeit einander mehr nähern werden, ist nicht unwahrscheinlich, ebenso daß ihr Verhältnis zu Deutschland gut bleiben wird. Deutschland hat mit keinem von ihnen irgendwelche Streitpunkte. Auch Dänemark hat allmählich die Überzeugung gewonnen, daß ein freundschaftliches Verhältnis zu dem ehemaligen Gegner die beste Bürgschaft für den Frieden und die Unabhängigkeit des Landes ist. Man hat wiederholt von einer Neutralitätserklärung der nordischen Mächte gesprochen, aber eine Neutralität, das sieht man an Belgien, Holland und der Schweiz, hat doch nur dann einen Wert, wenn man stark genug ist, sie wenigstens eine Zeit lang mit Erfolg schützen zu können. Sonst ist sie eine leere Redensart, die das Land dem ausliefert, der skrupellos genug ist, sich bei Beginn eines Krieges über Verträge, die ihm im Wege sind, hinwegzusetzen. Bei den Existenzkriegen der Großmächte — und jeder künftige europäische Krieg würde ein Existenzkampf sein — würde weder der eine noch der andre Teil viel nach solchen Verträgen fragen können, und die kleinen neutralen Staaten, deren Gebiet oder Gewässer Kriegsschauplatz werden, dürften in die Lage kommen, sich sehr schnell nach Maßgabe ihrer Interessen entschließen zu müssen. Die Schweiz hat das soeben bei einem Vorgang aus der jüngsten Zeit mit dürren Worten zu erkennen gegeben. Was zum Beispiel eine französische oder eine englische Landung auf dänischem Gebiet zum Vormarsch gegen Deutschland auch für Dänemark zu bedeuten hätte, ist in den letzten Monaten des langen und breiten erörtert worden. Deutschlands sämtliche Nachbarn, Dänemark, Belgien, Holland, die Schweiz, haben die absolute Gewißheit, daß Deutschland fern von jedem Gedanken ist, ihre Selbständigkeit anzutasten. Frage der Zukunft kann es einmal sein, ob nicht die Entwicklung eines kontinentalen Zollsystems im Interesse dieser Länder liegen möchte; ein Zollbündnis Dänemarks mit Deutschland ist den Dänen sogar von russischer Seite vor mehr als einem Menschenalter empfohlen worden. Es werden weit mehr die wirtschaftlichen als die politischen Erfordernisse sein, die

die kleinern Staaten zu Anlehnungen drängen, und es ist bekannt, daß die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Nationen bei verschiedenen Regierungen schon wiederholten offiziellen Ausdruck gefunden hat. Da alle künftigen Konflikte überwiegend wirtschaftlicher Natur sein werden und politischer nur insoweit, als die Politik dem wirtschaftlichen Interesse zu dienen hat, so scheint es um so mehr Aufgabe der deutschen Staatskunst zu sein, die Annäherung zunächst Deutschlands kleinern Nachbarn auf wirtschaftlichem Gebiete zu ermöglichen. Die Vorbereitungen zu den letzten Handelsverträgen dürften in der Tat Material genug vereinigt haben, daß man die Frage, ob Deutschland einen solchen Weg mit Aussicht auf Erfolg und ohne Schädigung der Gesamtheit seiner eignen wirtschaftlichen Interessen betreten kann, einer sichern Prüfung unterziehen kann. Eine politische Gemeinschaft mit Deutschland ohne die wirtschaftliche würde schwerlich auch nur einer seiner kleinern Nachbarn eingehn, dagegen böte die wirtschaftliche wenigstens die Möglichkeit, sie im gegebenen Falle zu einer politischen zu entwickeln.

Spanien und Portugal bleiben im Bannkreise Frankreichs und Englands, beide schon im Hinblick auf den Rest ihrer überseeischen Besitzungen. Daneben sucht sich der spanische Hof durch seine Anlehnung auch an die kontinentalen Monarchien den Parteien im Innern gegenüber ein gewisses Relief zu geben. Auch die Linie dieser Annäherung zeichnet England vor, schon um zu verhüten, daß Spanien oder Portugal nicht in koloniale Abmachungen mit Deutschland eintreten.

Von den Balkanstaaten gehört Rumänien unter seinem hervorragenden Herrscher in den Bannkreis des Dreibundes. Rumänien und Griechenland werden einen Emanzipationskampf Bulgariens gegen die Türkei, soweit er nicht etwa von England, Frankreich oder Rußland unterstützt wird, schwerlich erlauben. Sollte es dennoch zu einem allgemeinen Brande auf dem Balkan kommen, so wird es sich darum handeln, die Interessen Italiens und Österreich-Ungarns miteinander auszugleichen. Den ehrlichen Wächtern des europäischen Friedens kann nur daran gelegen sein, einen erträglichen Status quo in diesem Wetterwinkel Europas so lange wie möglich aufrecht zu erhalten, was freilich einen gewissen Grad der Aktionsfähigkeit der Türkei zur notwendigen Voraussetzung hat.

So stellt sich die Marokkokonferenz im Rahmen der Zeitgeschichte als eine Episode dar, die in einem gewissen Grade lustreinigend gewirkt und dargetan hat, daß sich seit dem Ministerwechsel in England und in Frankreich keine europäische Macht mit der Neigung zu kriegerischen Verwicklungen trägt, aber die Gruppierung der Mächte wird voraussichtlich so lange die alte bleiben, bis neue Ereignisse ihr eine neue Gestalt verleihen. Möge Deutschland, pro aris et focis immer zum höchsten Einsatz bereit, seine hervorragende Stellung im Räte der Völker, sein traditionelles Ansehen immer wieder mit Erfolg dazu benutzen können, die streitenden Teile zu friedlicher Verhandlung zu vereinen. Je schärfer das deutsche Schwert ist, desto zuversichtlicher werden wir es auch in Zukunft zugunsten des Friedens in die Wage werfen können.

Hugo Jacobi

